

N° 2695.

ALLEMAGNE ET AUTRICHE

Échange de notes comportant un accord provisoire relatif à l'assistance judiciaire en matière pénale. Vienne, les 5 juillet et 1^{er} août 1930.

GERMANY AND AUSTRIA

Exchange of Notes constituting a Provisional Agreement regarding Legal Assistance in Criminal Matters. Vienna, July 5 and August, 1st, 1930.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o 2695. — NOTENWECHSEL ¹ ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG BETREFFEND EINE VEREINBARUNG ZUR VORLÄUFIGEN REGELUNG DES RECHTS- HILFEVERKEHRS IN STRAFSACHEN. WIEN, AM 5. JULI UND 1. AUGUST 1930.

Textes officiel allemand communiqué par le consul général d'Allemagne à Genève. L'enregistrement de cet échange de notes a eu lieu le 1^{er} mai 1931.

German official text communicated by the German Consul-General at Geneva. The registration of this Exchange of Notes took place May 1, 1931.

I.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT WIEN.

VERBALNOTE.

Die Deutsche Gesandtschaft beehrt sich, mit Beziehung auf den vorangegangenen Schriftwechsel festzustellen, dass zwischen der Deutschen Regierung und der Österreichischen Regierung Einverständnis über folgendes besteht :

DIE DEUTSCHE REGIERUNG und DIE ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG verpflichten sich, im Rechtshilfeverkehr in Strafsachen

1. Gegenseitigkeit in dem Sinne zu gewährleisten, dass die Stellung eines Ersuchens um Auslieferung, Durchlieferung, Herausgabe von Gegenständen oder sonstige Rechtshilfe in Strafsachen ohne weiteres die Zusicherung einschliesst, im umgekehrten Falle auf Ersuchen des anderen Teiles die begehrte Rechtshilfe zu leisten ;

2. Einen Ausgelieferten oder Durchgelieferten ohne Zustimmung des ersuchten Teiles weder wegen einer vor der Auslieferung oder Durchlieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung oder Durchlieferung nicht bewilligt ist, zur Untersuchung zu ziehen, zu bestrafen oder an einen dritten Staat weiterzuliefern, noch aus einem anderen vor der Auslieferung oder Durchlieferung eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, dass er das Gebiet der ersuchenden Regierung innerhalb eines Monats nach dem Tage seiner Freilassung nicht verlässt oder dass er, nachdem er es verlassen hat, zurückkehrt oder von einer dritten Regierung von neuem ausgeliefert wird ;

3. Die Rechte dritter Personen an den von der ersuchten Regierung herausgegebenen Gegenständen unberührt zu lassen und im Falle eines bei der Übergabe gemachten Vorbehalts die herausgegebenen Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben ;

4. Personen, die unter Mitwirkung der ersuchten Regierung vor die Behörden der ersuchenden Regierung gestellt oder zum Erscheinen vor diesen Behörden geladen sind, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit weder wegen Täterschaft, Teilnahme, Hehleri

¹ Entrée en vigueur le 1^{er} août 1930.

¹ Came into force August 1st, 1930.

oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder einer anderen vor der Ausreise aus dem Gebiete der ersuchten Regierung begangenen Straftat zu verfolgen oder zu bestrafen, noch aus einem sonstigen vorher eingetretenen Rechtsgrund in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, dass diese Personen innerhalb einer Woche nach dem Tage, an dem sie entlassen werden und die Ausreise möglich ist, das Gebiet der ersuchenden Regierung nicht verlassen ;

5. Auf Ersatz der bei den Behörden der ersuchten Regierung entstehenden Kosten, mit Ausnahme der Kosten der Durchlieferung sowie der Gebühren und Auslagen für Sachverständige, zu verzichten.

WIEN, den 5. Juli 1930.

An das Österreichische Bundeskanzleramt,
Auswärtige Angelegenheiten,
in Wien.

BUNDESKANZLERAMT
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN.
Z.178.187.15.

II.

VERBALNOTE.

Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, beehrt sich den Empfang der geschätzten Verbalnote vom 5. Juli 1930 — B 1226 — zu bestätigen, mit der es der Deutschen Gesandtschaft gefällig war, mit Beziehung auf den vorangegangenen Schriftwechsel die deutscherseits über den Rechtshilfeverkehr in Strafsachen weiter in Aussicht genommene Regelung mitzuteilen.

Nach gepflogenen Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Justiz beehrt sich das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, der Deutschen Gesandtschaft ergebenst zur Kenntnis zu bringen, dass es auf Grund der eingangs angeführten geschätzten Verbalnote das Einverständnis über folgende, den Rechtshilfeverkehr in Strafsachen betreffende Punkte für hergestellt erachtet :

1. Die Gegenseitigkeit ist in dem Sinne gewährleistet, dass die Stellung eines Ersuchens um Auslieferung, Durchlieferung, Herausgabe von Gegenständen oder sonstige Rechtshilfe in Strafsachen ohne weiteres die Zusicherung einschliesst, im umgekehrten Fall auf Ersuchen des anderen Teiles die begehrte Rechtshilfe zu leisten.

2. Ein Ausgelieferter oder Durchgelieferter wird ohne Zustimmung des ersuchten Teiles weder wegen einer vor der Auslieferung oder Durchlieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung oder Durchlieferung nicht bewilligt ist, zur Untersuchung gezogen, bestraft oder an einen dritten Staat weitergeliefert, noch aus einem anderen, vor, der Auslieferung oder Durchlieferung eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit beschränkt, es sei denn, dass er das Gebiet der ersuchenden Regierung innerhalb eines Monats nach dem Tage seiner Freilassung nicht verlässt oder dass er, nachdem er es verlassen hat, zurückkehrt, oder von einer dritten Regierung von neuem ausgeliefert wird.

3. Die Rechte dritter Personen an den von der ersuchten Regierung herausgegebenen Gegenständen werden unberührt gelassen und im Falle eines bei der Übergabe gemachten Vorbehalts die herausgegebenen Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückgegeben.

4. Personen, die unter Mitwirkung der ersuchten Regierung vor die Behörden der ersuchenden Regierung gestellt oder zum Erscheinen vor diesen Behörden geladen sind, werden ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit wegen Täterschaft, Teilnahme, Hehlerei oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder einer anderen vor der Ausreise aus dem Gebiete der ersuchten Regierung begangenen

Straftat weder verfolgt noch bestraft, noch aus einem sonstigen, vorher eingetretenen Rechtsgrund in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt, es sei denn, dass diese Personen innerhalb einer Woche nach dem Tage, an dem sie entlassen werden und die Abreise möglich ist, das Gebiet der ersuchenden Regierung nicht verlassen.

5. Auf den Ersatz der bei den Behörden der ersuchten Regierung entstehenden Kosten mit Ausnahme der Kosten der Durchlieferung sowie der Gebühren und Auslagen für Sachverständige wird verzichtet.

WIEN, den 1. August 1930.

An die Deutsche Gesandtschaft in Wien.

¹ TRADUCTION.

N^o 2695. — ÉCHANGE ¹ DE NOTES ENTRE LES GOUVERNEMENTS ALLEMAND ET AUTRICHIEN, COMPORTANT UN ACCORD PROVISOIRE RELATIF A L'ASSISTANCE JUDICIAIRE EN MATIÈRE PÉNALE. VIENNE, LES 5 JUILLET ET 1^{er} AOUT 1930.

I.

LÉGATION D'ALLEMAGNE
A VIENNE.

NOTE VERBALE

La Légation d'Allemagne, se référant à l'échange de notes antérieur, a l'honneur de constater qu'entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement autrichien, il a été convenu ce qui suit :

LE GOUVERNEMENT ALLEMAND et LE GOUVERNEMENT AUTRICHIEN ont pris, en ce qui concerne la coopération judiciaire en matière pénale, les engagements ci-après :

1^o Ils s'assureront la réciprocité en ce sens que la présentation d'une demande

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, à titre d'information.

¹ TRANSLATION.

No. 2695. — EXCHANGE OF NOTES BETWEEN THE GERMAN AND AUSTRIAN GOVERNMENTS CONSTITUTING A PROVISIONAL AGREEMENT REGARDING LEGAL ASSISTANCE IN CRIMINAL MATTERS. VIENNA, JULY 5 AND AUGUST 1ST, 1930.

I.

GERMAN LEGATION,
VIENNA.

VERBAL NOTE.

The German Legation has the honour to confirm, with reference to the previous exchange of notes, that agreement exists between the German Government and the Austrian Government on the following points :

THE GERMAN GOVERNMENT and THE AUSTRIAN GOVERNMENT undertake in the matter of legal assistance in criminal cases :

(1) To guarantee reciprocity, in the sense that the presentation of a request

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

d'extradition, de passage en transit d'un extradé, de remise d'objets ou de toute autre coopération judiciaire en matière pénale comporte *ipso facto* l'assurance que, inversement, la coopération désirée sera accordée sur la demande de l'autre partie.

2^o Ils ne déféreront au magistrat instructeur, ne puniront ni ne réextraderont à un tiers Etat, sans le consentement de la partie requise, un extradé ou un extradé passant en transit par leur territoire, en raison d'un acte commis avant l'extradition ou le passage en transit et pour lequel l'extradition ou le passage en transit n'a pas été accordé, et ils ne porteront pas non plus atteinte à la liberté individuelle de la personne en question pour une cause antérieure à l'extradition ou au passage de l'extradé en transit, à moins que ladite personne n'ait pas quitté le territoire du gouvernement requérant dans un délai d'un mois, à compter du jour de son élargissement, ou qu'après avoir quitté ce territoire elle y retourne ou soit à nouveau livrée à ce pays par un gouvernement tiers.

3^o Ils sauvegarderont les droits des tiers sur les objets remis par le gouvernement requis et, en cas de réserves formulées au moment de la remise, ils restitueront immédiatement, sur demande, les objets qui leur auront été remis.

4^o Ils ne poursuivront ni ne puniront les personnes, à quelque nationalité qu'elles appartiennent qui, avec l'aide du gouvernement requis, sont mises à la disposition des autorités du gouvernement requérant ou sont citées à comparaître devant lesdites autorités, en qualité d'auteurs, co-auteurs, receleurs ou complices, à raison de l'infraction faisant l'objet de l'instruction ou d'une autre infraction commise avant que les inculpés aient quitté le territoire du gouvernement requis; ils ne porteront non plus pas atteinte à la liberté individuelle desdites personnes pour toute autre cause antérieure, à moins qu'elles n'aient pas quitté le territoire du gouvernement requérant dans un délai d'une semaine à compter du jour où elles ont été libérées et où elles ont eu la possibilité de quitter le pays.

5^o Ils renonceraient au remboursement des frais encourus par les autorités du

for extradition, conveyance in transit, handing over of articles, or other legal assistance in criminal cases shall *ipso facto* imply the assurance that in the inverse case the desired legal assistance will be afforded on request by the other Party.

(2) Not to try, punish or surrender to a third State, without the consent of the Party applied to, any person extradited or conveyed in transit on account of an act committed before the extradition or conveyance in transit for which extradition or conveyance in transit is not accorded, nor to restrict his personal freedom on any other legal grounds which may have arisen prior to the extradition or conveyance in transit, unless he has failed to leave the territory of the applicant Government within one month from the date of his release, or, after leaving it, has returned thereto or is again extradited by a third Government;

(3) To safeguard the rights of third Parties to articles handed over by the Government applied to, and, in the case of any reservation in connection with such surrender, to restore immediately on request the articles handed over;

(4) Not to prosecute or punish persons, of whatever nationality, who, with the help of the Government applied to, have been brought before the authorities of the applicant Government or summoned to appear before these authorities for having committed, been a party to, concealed or aided and abetted the punishable offence forming the subject of investigation, or having committed any other offence before leaving the territory of the Government applied to; nor to restrict their personal freedom on any other legal grounds that may previously have arisen unless within one week from the date of their release or from the date on which they were able to leave, such persons have not left the territory of the applicant Government;

(5) To forego reimbursement of costs incurred by the authorities of the Govern-

gouvernement requis, à l'exception des frais du passage en transit ainsi que des émoluments et des débours afférents aux experts.

VIENNE, le 5 juillet 1930.

A la Chancellerie fédérale,
Service des Affaires étrangères,
à Vienne.

II.

CHANCELLERIE FÉDÉRALE.
SERVICE DES
AFFAIRES ÉTRANGÈRES.
Z.178.187.15.

NOTE VERBALE

Le Service des Affaires étrangères de la Chancellerie fédérale a l'honneur d'accuser réception de la note verbale du 5 juillet 1930 — B.1226 — par laquelle la Légation d'Allemagne, se référant à l'échange de notes antérieur, a bien voulu faire connaître la réglementation complémentaire envisagée par l'Allemagne au sujet de la coopération judiciaire en matière pénale.

Avec l'agrément du Ministère fédéral de la Justice, le Service des Affaires étrangères de la Chancellerie fédérale a l'honneur de porter à la connaissance de la Légation d'Allemagne, qu'à la suite de la note verbale précitée, il considère comme acquis l'accord sur les points ci-après, relatifs à la coopération judiciaire en matière pénale :

1^o La réciprocité est assurée en ce sens que la présentation d'une demande d'extradition, de passage d'un extradé en transit, de remise d'objet ou de toute autre coopération judiciaire en matière pénale comporte *ipso facto* l'assurance qu'inversement, la coopération désirée sera accordée sur la demande de l'autre partie.

2^o Un extradé ou un extradé passant en transit à travers le territoire d'un pays ne sera, sans l'assentiment de la partie requise, ni déféré au magistrat instructeur, ni puni, ni réextradé à un tiers

ment applied to other than costs of conveyance and transit and fees and disbursements to experts.

VIENNA, July 5, 1930.

To the Austrian Federal Chancellery,
Department of Foreign Affairs,
Vienna.

II.

FEDERAL CHANCELLERY,
DEPARTMENT OF FOREIGN AFFAIRS,
VIENNA.
Z.178.187.15.

VERBAL NOTE.

The Federal Chancellery, Department of Foreign Affairs, has the honour to acknowledge receipt of the verbal note of July 5, 1930 — B.1226 — in which, with reference to the previous exchange of notes, the German Legation communicated the further regulations in matters of legal assistance in criminal cases contemplated by Germany.

With the due agreement of the Federal Ministry of Justice, the Federal Chancellery, Department of Foreign Affairs, has the honour to inform the German Legation that, in virtue of the above-mentioned verbal note, it regards agreement as having been arrived at on the following points relating to legal assistance in criminal cases :

(1) Reciprocity is guaranteed, in the sense that the presentation of a request for extradition, conveyance in transit, handing over of articles, or other legal assistance in criminal cases, shall *ipso facto* imply the assurance that in the inverse case the desired legal assistance will be afforded on request by the other Party ;

(2) Any person extradited or conveyed in transit shall not be tried, punished or surrendered to a third State without the consent of the Party applied to on account of an act committed before the

Etat, à raison d'un acte commis avant son extradition ou son passage en transit et pour lequel l'extradition ou le passage en transit n'a pas été accordé, et il ne sera pas non plus porté atteinte à sa liberté individuelle pour une autre cause antérieure à l'extradition ou au passage en transit, à moins que l'intéressé n'ait pas quitté le territoire du gouvernement requérant dans le délai d'un mois à compter du jour de son élargissement, ou, qu'après l'avoir quitté, il y retourne ou soit livré à nouveau à ce pays par un gouvernement tiers.

3° Les droits des tiers sur les objets remis par le gouvernement requis seront sauvegardés, et en cas de réserve formulée lors de la remise, les objets remis seront immédiatement restitués sur demande.

4° Les personnes, à quelque nationalité qu'elles appartiennent qui, avec l'aide du gouvernement requis, sont mises à la disposition des autorités du gouvernement requérant ou sont citées à comparaître devant lesdites autorités, ne seront ni poursuivies, ni punies en qualité d'auteurs, co-auteurs, receleurs ou complices, à raison de l'infraction faisant l'objet de l'instruction ou d'une autre infraction commise avant que les inculpés aient quitté le territoire du gouvernement requis; il ne sera pas non plus porté atteinte à la liberté individuelle desdites personnes pour toute autre cause antérieure, à moins qu'elles n'aient pas quitté le territoire du gouvernement requérant dans un délai d'une semaine à compter du jour où elles ont été libérées et où elles ont eu la possibilité de quitter le pays.

5° Les deux parties renonceront au remboursement des frais encourus par les autorités du gouvernement requis, à l'exception des frais du passage en transit ainsi que des émoluments et des débours afférents aux experts.

extradition in transit or conveyance in transit for which extradition or conveyance is not accorded, nor shall his personal freedom be restricted on any other legal grounds which may have arisen prior to the extradition or conveyance in transit, unless he has failed to leave the territory of the applicant Government within one month from the date of his release, or, after leaving it, has returned thereto, or is again extradited by a third Government.

(3) The rights of third parties to articles handed over by the Government applied to shall be safeguarded, and in the case of any reservation in connection with such surrender the articles handed over shall be restored immediately on request.

(4) Persons, of whatever nationality, who, with the help of the Government applied to, have been brought before the authorities of the applicant Government or summoned to appear before these authorities for having committed, been a party to, concealed, or aided and abetted the punishable offence forming the subject of investigation, or having committed any other offence before leaving the territory of the Government applied to, shall not be prosecuted or punished, nor shall their personal freedom be restricted on any other legal grounds that may have arisen previously, unless within one week from the date of their release or from the date on which they were able to leave, such persons have not left the territory of the applicant Government.

(5) No claim shall be made for reimbursement of costs incurred by the authorities of the Government applied to other than costs of conveyance and transit and fees and disbursements to experts.

VIENNE, le 1^{er} août 1930.

A la Légation d'Allemagne
à Vienne.

VIENNA, August 1, 1930.

To the German Legation,
Vienna.